

**VEREINIGUNG
DER
ÖSTERREICHISCHEN RICHTER**

1016 WIEN, 20. März 1990
JUSTIZPALAST

An das
Präsidium des Nationalrates

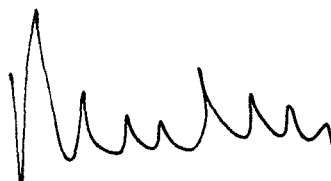
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

6. GESETZESENTWURF
7. 30. GE 9 90
Datum: 21. MÄRZ 1990
Verteilt: 23. März 1990

Dr. Hajek

Betrifft: Entwurf eines BG über Dienst- und Pflege-
freistellung (Dienstfreistellungsgesetz - DFG)
Stellungnahme

In der Anlage wird die Stellungnahme der Vereinigung der
österreichischen Richter zum o.a. Gesetzesentwurf in 25-
facher Ausfertigung übermittelt.



(Dr. Ernst Markel)
Präsident

Anlagen

VEREINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN RICHTER

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines BG über
Dienst- und Pflegefreistellung
(Dienstfreistellungsgesetz - DFG)

Zu § 2 Abs 1: Für die Rechtsanwendung wäre es zweckmäßig, den wichtigen Grund durch eine beispielsweise Aufzählung zu verdeutlichen, wie dies etwa in §§ 26, 27 AngG gegenüber § 25 AngG erfolgt ist; es sollte der Anschein der "Flucht in die Generalklauseln" vermieden werden.

Zu § 2 Abs 2: Der legistische Fehler in § 16 UrlG, wonach zwar Wahl- und Pflegekinder durch ihre Wahl- und Pflegeeltern gepflegt werden könnten, jedoch anscheinend nicht umgekehrt, sollte verhindert werden, um die Notwendigkeit einer berichtigenden Auslegung zu vermeiden.

Zu § 3: Es genüge die übliche Formulierung (zB § 4o AngG); andernfalls könnte der irrige Umkehrschluß nahegelegt werden, div. arbeitsrechtliche Gesetze wären auf einmal kollektivvertragsdispositiv.

Zu § 4: Die Erwähnung von Arbeits-(Dienst-)ordnungen erscheint zufolge § 164 Abs 2 ArbVG und des seit dem 1.1.1974 verstrichenen Zeitraumes (vgl. § 171 Abs 1 ArbVG) als ein historisch überholtes Relikt.

Wien, 20. März 1990